Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

143 (22.6.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-454363

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 29.25 Mark, dazu 2.75 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 30.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 96.00 Mark, monatlich 32.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 1.30 M.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 120 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 2.00 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 7.00 Mark

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 22. Juni 1922 * Nr. 143

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Regierung, greif ein!

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß nahm gestern einstimmig folgende Entschließung gegen die Teuerung an:

„Der Kongreß nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den unausgesetzten Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und der sonstigen über jedes berechtigte Maß hinausgehenden Preistreibereien. Er bedauert lebhaft und spricht seine Entrüstung darüber aus, daß diese Bemühungen durch Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften in den meisten Fällen ohne Erfolg geblieben sind.

Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwing: die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Lohnerhöhungen zu fordern, die zumeist in steiem Kampfe mit den Unternehmern und gegen den Widerstand der Kreise durchgesetzt werden müssen, die durch ihre maßlose Gewinnsucht die heutigen Zustände verschulden. Die Auswucherung der breiten Massen des Volkes nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verelendung. Die stattgefundenen Lohn- und Gehaltserhöhungen haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitseinkommen und notwendigen Lebenshaltungskosten ist immer größer geworden. Zurzeit deckt das Durchschnittsarbeitseinkommen höchstens nur noch die Hälfte des notwendigen Unterhalts, gemessen an den Verhältnissen von 1914. Es ist also eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unweigerlich auch zu einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß.

Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft nicht unter der doppelten Last der Teuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Zöllen zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, **daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Teuerung und ihre Urheber ergreift."**

Verschleppungsmanöver.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages begann bereits am Mittwoch mit der Beratung der Getreideumlage. Wie im Reichstag zu dem Gesetzentwurf von den Rechtsparteien nur Landwirte vorgeschickt wurden, so fanden sich auch im Ausschuß als Vertreter der bürgerlichen Parteien lediglich agrarische Interessenvertreter zusammen. — Zunächst wurde beschlossen, in Anbetracht der dringenden Wichtigkeit des Gegenstandes und seiner raschen Erledigung von einer Generaldebatte abzusehen. Dennoch aber wurde von den Deutschnationalen die Generaldebatte erzwungen, indem sie einen vom Abg. Röficke eingebrachten Antrag begründeten, den grundlegenden Artikel 1 der Vorlage abzulehnen und damit den freien Verkehr mit Getreide inländischer Ernte herzustellen. Ein weiterer Antrag der beiden Rechtsparteien will für die Umlage einen Scheinersatz in Form weitläufiger Maßnahmen herstellen, deren Wirksamkeit stark bezweifelt werden muß und deren Durchführung jedenfalls im Laufe der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich wäre. Es handelte sich ganz offensichtlich um einen Verschleppungs- und Obstruktionsantrag, um zunächst einmal die Getreideumlage zu Fall zu bringen. Was danach wird, scheint den Herren von der Rechten ziemlich gleichgültig zu sein.

Genosse Käppler trat dem deutschnationalen Manöver entschieden entgegen. Er bezeichnete die Sicherstellung der Brotversorgung durch die freie Wirtschaft als eine Unmöglichkeit, ja, als eine Katastrophe. — Der Demokrat Böhme spricht den Wunsch nach Verständigung aus. — Dr. Herz wendet sich namens der Unabhängigen gleichfalls scharf gegen die Obstruktionsversuche der Rechten, deren Abgeordnete sich nur als Landwirte gebärdeten, obwohl sie als Vertreter des ganzen Volkes gewählt seien.

Reichsernährungsminister Fehr: Nicht Freude an der Zwangswirtschaft, sondern Not veranlaßt uns, an der öffentlichen Bewirtschaftung in beschränktem Maße festzuhalten. Schon durch die Freigabe der Wirtschaft, soweit sie erfolgt ist, sind breite Schichten des Volkes ins Elend gekommen. Bekommen wir die Umlage nicht, dann bekommen wir Auslandspreise für Brot. Dafür kann die Reichsregierung die Verantwortung nicht übernehmen.

Gegen den Wunsch der Sozialdemokraten und Unabhängigen vertagt sich der Ausschuß nach 1 Uhr, trotzdem auch der Reichsernährungsminister seinem Bedauern über die durch eine Vertagung entstehende Verzögerung der Ausschußarbeiten Ausdruck gegeben hatte.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat beantragt, die zu erfassende Menge von 2½ Millionen Tonnen auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen und nicht nur die mit Getreide bebauten Flächen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Flächen zu erfassen.

Von den Deutschnationalen ist ein Eventualantrag eingelaufen, falls der Antrag auf Ablehnung des Paragraphen 1 und damit die gesamte Umlage abgelehnt werden sollte, die Umlage von 2½ auf 1½ Millionen Tonnen zu ermäßigen.

Erhöhung der Beamtengehälter.

In Uebereinstimmung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamtenschaft wird vom Reichsfinanzministerium eine authentische Darstellung über den Verlauf der Verhandlungen betreffend die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter veröffentlicht. Es heißt zum Schluß: Vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrates und des Reichstages einigte man sich auf eine Erhöhung des Teuerungszuschlages um 40 Pzt., die einer Erhöhung der Gesamtbezüge um etwa 20 Pzt. entspricht. Die Neuregelung tritt am 1. Juni in Kraft. — Wie weiter gemeldet wird, ist der Reichstarif für die Angestellten bei den Reichs- und preußischen Staatsverwaltungen von den beteiligten Regierungen zum 30. September d. J. gekündigt worden. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages werden am 30. Juni im Reichsfinanzministerium beginnen.

Massenkundgebung gegen die Reaktion.

Aus Leipzig wird berichtet: Die Landesausschüsse der drei sozialistischen Parteien und des ADGB. Sachsens rufen heute alle Arbeiter, Angestellten, Beamten und Republikaner zu Massenkundgebungen gegen die besonders in Sachsen außerordentlich stark auftretende Reaktion auf. Am Freitag findet auf dem Augustusplatz in Leipzig eine gemeinsame Kundgebung aller sozialistischen Parteien und des ADGB. statt. Der Gewerkschaftskongreß wird seine Beratungen vorzeitig abbrechen, um geschlossen zur Demonstration abzumarschieren. In einer Abendsitzung sollen die Arbeiten dann fortgesetzt werden.

Elfter Deutscher Gewerkschafts-Kongreß.

Dritter Verhandlungstag.

(Vormittagssitzung.) Leipart erhält das Schlußwort zum Geschäftsbericht und sagt, daß er mit dem Verlauf und mit dem Ergebnis der Debatte wenig zufrieden ist. Die Kommunisten haben hier geredet, wie sie immer mit uns diskutieren. Die unvernünftige Agitationspolitik der Kommunisten hat große Arbeitermassen abgedrängt in das Lager unserer Gegner oder der Indifferenten. Sie haben z. B. unser Berliner Gewerkschaftshaus gestürmt und beschädigt. (Lebhafte Zurufe: Leipziger Bauarbeiterkongreß!) Nicht die Politik des ADGB., sondern die falsche Gewerkschaftspolitik der Kommunisten hat das Unternehmertum und die Reaktion gestärkt. (Sehr richtig!) Die Arbeiter stellen sich den Kampf anders vor, als die Kommunisten ihn propagieren. Die Waffe der geistigen Aufklärung, nicht des Generalstreiks — der alle 24 Stunden wiederholt wird —, das ist unser Kampfmittel. Der Referent nimmt dann zu den Angriffen auf die „Betriebsräte-Zeitung" Stellung und sagt, daß er nicht mit allem einverstanden sei, was dort geschrieben wurde. Dr. Striemer hat aber dennoch dankenswerte Arbeit geleistet. Jetzt ist ein Redaktionskollegium eingesetzt worden. Lebhaft bedauere ich die Rede Dißmanns und zwar deshalb, weil sie von einem Mitglied des Bundesausschusses gehalten wurde. (Lebhafte Sehr richtig! — Zurufe: Wählt ihn in den Vorstand, dann ist er stille! — Große Heiterkeit.) Seine Rede war eine schlechte Rede und hat auf den Kongreß keinen Eindruck gemacht. (Ironische Zurufe: O doch!) Die Kritik Dißmanns war unehrlich. Er hat unsern Kampf um die zehn Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Beratungen totgeschwiegen (Lebhafte: Hört, hört! — Stürmischer Widerspruch Dißmanns), in denen er nicht den Mut aufbrachte, den Generalstreik für die Durchsetzung der zehn Punkte zu fordern. Zu dem Achtstundentag bemerkt Leipart, daß in einer Regierung, die sich den Errungenschaft der Arbeiter nicht anpasse, für Arbeitervertreter kein Platz ist. (Lebhafter Beifall.) Dißmanns Kritik an der Arbeitsgemeinschaft beim Hinweis auf die Lobrede Stinnes richtete sich gar nicht gegen die Arbeitsgemeinschaft, sondern gegen uns. Die Kritik wurde nicht vom gewerkschaftlichen, sondern vom politischen Gesichtspunkt aus geführt. (Stürmische Zustimmung.) Der Redner besprach dann die eingegangenen Entschließungen und weist auf den Unfug der Kommunisten hin, die zwei Resolutionen eingebracht haben. Die Entschließung zur Wohnungsfrage und gegen die Teuerung empfiehlt er der Annahme. Im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung wünscht er zum Schluß, daß die altbewährten Mittel der Gewerkschaft beibehalten und auf dem zum Ziele führenden Wege fortgeschritten werde. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer persönlichen Bemerkung Dißmanns wurden die vorliegenden Anträge zum Geschäftsbericht angenommen. Ihnen schließt sich das Referat Körpels über „Betriebsräte und Gewerkschaften" an.

In der Abstimmung über die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird nach lebhafter Debatte folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß macht sich die von den Vorständen des ADGB. und der Afa im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen. Indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromiß keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten zehn Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann. Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.

Für die Redaktionskommission berichtet Spreeberg (Schneiderverband). Er empfiehlt u. a. die Ablehnung der kommunistischen Entschließungen, der Mißtrauensanträge gegen Bundesvorstand und Redaktion der „Betriebsrätezeitung", sowie die Annahme eines Vertrauensvotums für den Bundesvorstand. Abgelehnt werden soll auch die Entschließung für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland und die kommunistische Entschließung über die Frauenfrage.

Als Dißmann (Metallarbeiter) wieder das Wort zu einer Erklärung gegen die Abstimmung über einen nicht zur Debatte gestandenen Antrag erhält, wird er vom Kongreß mit stürmischen Entrüstungsrufen gegen seine fortgesetzten Wortmeldungen empfangen. Angenommen wird dann die Entschließung zur Wohnungsfrage und folgende Entschließung zur Frage der Brotversorgung:

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages dem Drängen nach freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongreß in letzter Stunde nochmals einmütig alle Forderungen des ADGB., die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstage, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden. Der Kongreß fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- und Valutagewinnen, sichergestellt wird. Indem der Kongreß nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt."

Angenommen wird ebenfalls eine Entschließung gegen die Teuerung. (Siehe an anderer Stelle des Blattes.)

Weiter wird angenommen ein Antrag der Kommunisten, der vom Bundesvorstand und allen Gewerkschaften fordert, alle Mittel anzuwenden, um den politisch inhaftierten und verfolgten Klassengenossen die Freiheit zu erkämpfen. Leipart stellt fest, daß die Gegner des Antrages ihn nicht deshalb abgelehnt haben, weil sie die Festhaltung der Gefangenen fordern, sondern weil der Wortlaut des Antrages nicht ihre Zustimmung fand. (Zurufe: Freilassung auch in Rußland!) — Sodann wird gegen den Protest der Kommunisten folgende Resolution angenommen:

„Der 11. Gewerkschaftskongreß als Vertreter von ca. 8 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands erhebt flammenden Protest gegen die in Moskau betriebene Sowjetjustiz gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongreß erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen. Der Kongreß erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um der Verteidigung ihre Aufgabe, die Empfindungen und Rechtsauffassungen des internationalen Proletariats vorzutragen, zu ermöglichen und ihr gerecht zu werden.

Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angegriffenen Arbeitsgenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt."

Anschließend spricht der Kongreß mit Dreiviertelmehrheit dem Bundesvorstand das Vertrauen aus.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung, die den Beschlüssen von Rom über die Bekämpfung des Militarismus und des Krieges zustimmt. Die Friedensverträge haben die Kriegsgefahr nur noch verstärkt und auch die Genueser Konferenz hat keine Entspannung gebracht. Der Einberufung eines Völkerfriedenskongresses der Arbeiterschaft stimmt die Entschließung zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich daran zu beteiligen. Die von der Jugendkonferenz dem Gewerkschaftskongreß überreichte Entschließung der Jugend- und Lehrlingsfrage wird angenommen. Beschlossen wird ferner, von der Regierung eine Erhöhung der Werbungskosten, eine Heraufsetzung des zehnprozentigen Einkommensatzes von 50 000 auf 100 000 Mark und eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens zu verlangen. Der 1. Mai soll als gesetzlicher Feiertag gefordert werden.

Alsdann erstattet Körpel (Betriebsrätezentrale) sein Referat über „Betriebsräte und Gewerkschaften". Seinen Ausführungen, denen der Kongreß mit lebhaftem Interesse folgt, liegt folgende Entschließung zugrunde:

„Die Gewerkschaften sind stets für die Ausgestaltung des Arbeitsrechts und die Mitbestimmung in der Wirtschaftsführung eingetreten. Die Verwirklichung dieser Forderungen war und ist allerdings abhängig von dem Stärkeverhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen. Ihre Verwirklichung bleibt auch weiterhin eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Durch das inzwischen eingeführte Betriebsrätegesetz, das Bilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz sind jetzt von den Arbeitnehmern freigewählte Vertretungen zugestanden worden, die gesetzliche Befugnisse innerhalb der Betriebe ausüben können. Die Alleinherrschaft der Unternehmer in ihren Betrieben ist damit im Prinzip durchbrochen. Die Betriebsräte müssen nunmehr die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betriebe wahrnehmen, deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt. Die Betriebsräte müssen die tariflichen Abmachungen in den Betrieben überwachen, deren Abschluß und Vervollkommnung Aufgabe der Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben. Die Betriebsräte können daher nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Hierdurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gesichert, in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsfunktionäre betätigen.

Die gesetzliche Regelung der Rechte der Arbeitnehmer ist unvollkommen und garantiert allein nicht die Durchführung unserer Forderungen. Die Gewerkschaften erstreben den Ausbau des Rechtes der Arbeit durch Tarifverträge und Gesetze. In dem Maße, wie dies gelingt, wird sich auch das Aufgabengebiet der Betriebsräte erweitern. Die bisherige Erweiterung des gesetzlichen Aufgabengebietes der Arbeitnehmer hat den Gewerkschaften die unmittelbare Pflicht auferlegt, für ihre Mitglieder die errungenen Rechte restlos auszunutzen. Das gesamte Arbeitsrecht, die Wirtschaftsführung, das Handelsrecht werden auf der Arbeitgeberseite von Spezialisten bearbeitet. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erstreckt sich jedoch auf alle diese Gebiete. Sie zu beherrschen erfordert große Willenskraft, umfassende Erfahrungen und gründliches Wissen. Die Gewerkschaften schaffen diese Grundlage durch ihre Presse, durch Versammlungen, durch Aufklärungsschriften, durch Kurse und durch Entsendung von Mitgliedern in Lehranstalten zur Ausbildung in allen Fragen des Arbeitsrechts und der Wirtschaftsführung. Ebenso werden von den Gewerkschaften alle Streitfragen der Betriebsrätegesetzgebung sachkundig bearbeitet. Alle diese Maßnahmen sind noch ausbaufähig. Gestützt auf diese Maßnahmen und Einrichtungen der Gewerkschaften müssen die Betriebsräte selbst an ihrer Ausbildung mit eiserner Energie arbeiten. Sie müssen ihre Belegschaften aufklären und als Gewerkschaftsfunktionäre dafür eintreten, daß alle Arbeitnehmer ihre Klassenlage erkennen und Mitglieder der Gewerkschaften werden. Nur durch kampfkräftige Gewerkschaften können die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer restlos durchgeführt und erhalten, sowie erweitert werden.

Der elfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf, mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten."

Dann tritt der Kongreß in die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vor Eintritt in die Debatte über das Referat Körpels empfiehlt die Redaktionskommission die einstimmige Annahme der Resolution des Referenten und eine dazu vorliegende Ergänzung der Entschließung Brey (Fabrikarbeiter).

Landesbibliothek Oldenburg

Adler (Fabrikarbeiter) begründet die Entschließung Brey und stellt fest, daß die nach parteipolitischen Grundsätzen gewählten Betriebsräte ihre Aufgabe nicht erfüllen können und fordert zur Abstellung dieses Uebelstandes für die Neuwahl der Betriebsräte eine planmäßige Vorbereitung der Wahlen.

Schmitz (Eisenbahner) wendet sich gegen die Resolutionen Nörpels und Breys und begründet seine eigene, die vom ADGB. fordert, daß er für den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes und die Beseitigung aller Sondergesetze für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten eintritt. Ferner fordert er die Uebernahme der Kosten für die Schulung der Betriebsräte durch das Reich.

Müller (Transportarbeiterverband) ersucht die Angestellten, sich mit den Betriebsräten der Arbeiter wieder an einen Tisch zu setzen und sie mit ihrer besseren Schulbildung zu unterstützen.

In der weiteren Diskussion treten die meisten Redner für die Resolutionen Nörpels und Breys ein. Nur die Kommunisten lehnen alles ab. Ein Schlußantrag macht der Debatte ein Ende. In seinem Schlußwort stellt Nörpel einige Mißverständnisse, die sich aus seinem Referat ergeben, richtig.

In der Abstimmung wurden die Resolutionen Nörpel, Brey und Schmitz angenommen, ferner wurden zwei Anträge angenommen, von denen der eine den Betriebsräten das Recht abspricht, mit den Unternehmern über Lohnverhandlungen usw. zu beraten, während der andere wirtschaftliche Schulen für die Betriebsräte fordert. Angenommen wird dann auch noch eine Resolution der Landarbeiter, die sich gegen die Benachteiligung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern in der Frage der Wahl der Betriebsräte wendet.

Dann vertagt sich der Kongreß auf Donnerstag vormittag.

Beschlüsse der 2. Internationale.

Die Konferenz der zweiten Internationale nahm am Montag vor Beendigung ihrer Verhandlungen in London folgende Entschließungen an:

1. Angesichts des Mangels an Treue und Glauben seitens der dritten Internationale, die die internationale Gewerkschaftsbewegung zerriß, die sozialistische Internationale angriff, die auf der Berliner Konferenz bezüglich der politischen Prozesse in Moskau gegebenen Zusagen brach, und das bedingungslose Versprechen, die Dokumente über Georgien einem Delegiertenausschuß vorzulegen, zurückzog, kann die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen, mit der dritten Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen.

2. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zusammen, um die Wiederherstellung internationaler Gesichtspunkte zu erwägen, welche in der Angelegenheit des europäischen politischen und ökonomischen Aufbaues die sozialistischen und Arbeiterparteien zu einigen geeignet sind.

3. Die Konferenz verpflichtet sich zur Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bei ihrer Verteidigung der Arbeit gegen den Kapitalismus.

Zuletzt nahm die Konferenz noch eine von Wibaut (Holland) eingebrachte und von Otto Wels (Deutschland) unterstützte Entschließung an, die die Notwendigkeit betonte, die Organisation des Völkerbundes zu stärken, um die Abrüstung zu erleichtern und die internationale Verteilung der Rohstoffe und der zum Leben notwendigen Waren zu organisieren.

Zwangsanleihe – Erbschaftssteuer – Einkommensteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages trat am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammen, um sich mit der Zwangsanleihe und den Abänderungsanträgen der Rechtsparteien über die Erbschaftssteuer, sowie dem Initiativantrag der Unabhängigen betr. Aenderung des Einkommensteuergesetzes zu beschäftigen. Dr. Helfferich eröffnete die Aussprache mit längeren Ausführungen, die inhaltlich durchaus nichts Neues boten. Die Zwangsanleihe sei für die deutsche Wirtschaft, die ohnehin an Kapitalmangel leide, untragbar. Er empfiehlt, seine Anträge anzunehmen, die von einer Zwangsanleihe absehen und dafür eine freiwillige Anleihe mit vierprozentiger Verzinsung und einprozentiger Tilgung vorschlagen. Außerdem wünscht Helfferich Befreiung von der Kapitalertragsteuer. Natürlich widmete das deutschnationale Finanzgenie auch der „Politik der Erfüllung" einige Worte, mit denen er nachzuweisen suchte, daß diese Politik Schiffbruch erlitten habe. Genosse Kahmann trat Herrn Helfferich in wirksamen Ausführungen entgegen. Im Auftrage der Fraktion erklärte Kahmann, daß auch die Sozialdemokratie die Reform des Einkommensteuergesetzes für notwendig erachte und bisher nur mit Rücksicht auf die zurzeit schwebenden Verhandlungen mit der Entente eine entsprechende Vorlage nicht eingebracht habe. Die Erbschaftssteuer müsse in den unteren Sätzen der Entwertung des Geldes angepaßt werden. Ueber die Zwangsanleihe äußerte Kahmann: „Es gilt jetzt, die Anleihe so rasch wie möglich zu verabschieden. Dabei ist auf eine schleunige Einzahlung zu dringen. Bei Nichterreichung des festgesetzten Betrages von einer Milliarde Goldmark müssen Nacherhebungen in Gestalt von Zuschlägen erfolgen. Die Schonung der Aktiengesellschaften ist nicht angebracht. Die Vorlage der Deutschnationalen ist undiskutabel. Die Zwangsanleihe soll ein sichtbares Opfer des Besitzes sein, daß dieses Opfer gebracht wird, daran werden wir festhalten. Anträge auf Verschärfung einzelner Bestimmungen behalten wir uns vor.

Der Bayerische Volksparteiler Merck erklärte, daß seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde unter der Voraussetzung, daß sie nicht über das hinausgehe, was bei Abschluß des Kompromisses vereinbart wurde. Auch die Unabhängigen gaben eine zustimmende Erklärung ab. Abg. Dr. Becker von der Deutschen Volkspartei hält die gemeinsame Erledigung aller drei Vorlagen für unbedingt notwendig und droht mit Obstruktion bzw. Rücktritt vom Steuerkompromiß, falls versucht würde, die Zwangsanleihe allein zu verabschieden. Becker verlangt in seinen weiteren Ausführungen, daß die von seiner Partei verlangten und damals versprochenen Sparmaßnahmen bald durchgeführt werden. — Die Verhandlungen werden hierauf auf Mittwoch vertagt. Zu der Mittwochsitzung werden der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister erwartet.

Aus dem deutschen Reichstage.

Bei sehr schwach besetztem Hause eröffnet Präsident Löbe die Sitzung um 2¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes über die Anwendung des Wiesbadener und Bemelmann-Sachlieferungsabkommens. Damit verbunden werden die Interpellationen der Deutschnationalen gegen das Wiesbadener Abkommen, der Deutschen Volkspartei gegen die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, der Unabhängigen über die Pariser Reparationsverhandlungen, des Zentrums gegen die Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten Gebiet und über die Zustände im Saargebiet. Ferner steht zur Beratung das Weißbuch der Regierung zur Reparationsfrage.

Namens des Ausschusses beantragt Abg. Dernburg (Dem.) die unveränderte Annahme der Sachlieferungs-Abkommen.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) begründet die schon im November vorigen Jahres eingebrachte Interpellation seiner Parteifreunde: Ist die Regierung bereit, wenigstens nachträglich die Zustimmung des Reichstages zu ihrem Verhalten einzuholen. Selbst die Vertreter der Entente waren von dem Wiesbadener Abkommen überrascht. Die übertriebene Erfüllungspolitik führe zum Ruin; dafür müßten wir uns bei der Regierung bedanken. (Stürmische Rufe links: Nein, bei Ihnen und Ihrer Partei!)

Abg. Moldenhauer (D. Vp.) begründet eine Interpellation seiner Fraktion, nach der zwischen England und Frankreich eine „Neutralisierung" des jetzt besetzten Rheinlandes vereinbart worden sein soll, um nach Art des Saargebietes den Rheinlanden eine Autonomie unter französischer Oberaufsicht zu geben. Die Regierung wird gefragt, ob ihr etwas von derartigen Plänen bekannt sei und was sie gegen eine solche verschleierte Annektion zu unternehmen gedenkt.

Abg. Dr. Levi (US.) spricht zu der Interpellation der Unabhängigen, die Aufklärung über die Pariser Reparationsverhandlungen verlangt. Er betont die Notwendigkeit, an der Erfüllungspolitik festzuhalten. Solange das Reichswehrministerium durch Streiche, wie die Ernennung des Kappisten v. Löwenfeld zum Schiffskommandanten, planmäßig die Außenpolitik des Reichskanzlers durchkreuzt, ist eine einheitliche Erfüllungspolitik unmöglich.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) begründet die Zentrumsinterpellation, die sich gegen die Zerstörung von wirtschaftlich bedeutsamen Eisenbahnbauten wendet. Die französische Zerstörungspolitik sei nur zu erklären aus dem sinnlosen Vernichtungswillen. Die Haltung der rheinischen Bevölkerung sei so vorbildlich, daß sich das ganze deutsche Volk daran ein Muster nehmen könne. (Lebh. Beifall.) Die Regierung möge den denkbar schärfsten Protest gegen den Zerstörungsplan einlegen und die Wirtschaft des Rheinlandes schützen. Das Deutschtum würden die Rheinländer selbst schützen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) begründet die letzte Interpellation, die Einspruch erhebt gegen die dem Versailler Vertrag widersprechenden Französierungsbestrebungen im Saargebiet. Die leitenden Stellen in der Beamtenschaft seien gegen Recht und Vertrag mit Franzosen besetzt, und die Wünsche der Bevölkerung vollständig mißachtet worden. (Hört! Hört!) Wir müssen vor aller Welt der Entente zurufen: Hände weg von dem urdeutschen Saargebiet! (Beifall.)

Zur Beantwortung der deutschnationalen Interpellation nimmt sodann das Wort Staatssekretär Müller (Wiederaufbauministerium): Die Frage, ob das Wiesbadener Abkommen der Zustimmung des Reichstages bedurfte, ist von der Regierung sorgfältig geprüft worden. Sie ist zu einer Verneinung gekommen. Der Redner begründet diesen Standpunkt.

Minister des Auswärtigen, Dr. Rathenau: Unter dem Ausdruck „Neutralisierung" kann man zwei rechtlich völlig verschiedene Begriffe verstehen. Soweit darunter zu verstehen ist das Verbot für Deutschland, innerhalb der Rheinlande ständig oder zeitweise militärische Streitkräfte zu halten oder zu legen, so hat die dahingehende Forderung bereits in den Art. 42 und 43 des Vertrages von Versailles ihre Verwirklichung gefunden. Soll hingegen unter der Neutralisierung der Rheinlande die Schaffung eines neutralen Pufferstaates verstanden werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Rheinlande auch nach dem Vertrag von Versailles ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches geblieben sind. Die Reichsregierung erklärt, daß sie niemals für irgendwelche Zugeständnisse, und mögen sie noch so groß sein, einverstanden sein wird, daß das Rheinland, das während der Besatzungszeit so oft seinen unerschütterlichen Willen zum Festhalten am angestammten Vaterlande bewiesen hat, preisgegeben oder in seinem Bestand geschädigt wird. (Lebh. Beifall.)

Zu der Interpellation über die Eisenbahnzerstörungspläne im Rheinland erklärt der Außenminister, der Friedensvertrag gebe den Alliierten nur das Recht, sich gegen deutsche Kriegsvorbereitungen zu schützen.

In der Beantwortung der Saargebiet-Interpellation betont Dr. Rathenau die unglaublich komplizierte Rechtsstellung des von einer deutschen Bevölkerung bewohnten deutschen Saargebiets. Die Bevölkerung hat nicht das Recht der Mitbestimmung über seine Geschicke. Sie wird regiert wie im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. Das Wirtschaftsleben des Saartbeckens zeigt alle Merkmale der Unstabilität. Die Regierungskommission verwaltet das Land nicht, wie es ihre Pflicht wäre, als Treuhänder, sondern sie bevorzugt vertragswidrig den französischen Staat. Wenn die Regierungskommission einen besonderen Begriff „Saarländer" schaffen und das Saargebiet Deutschland gegenüber zum Ausland machen will, so verstößt sie gegen den Friedensvertrag. (Lebhafte Zustimmung.) Eine weitere Vertragsverletzung ist die Französierung des Schulwesens. Die wiederholten Beschwerden der Reichsregierung beim Völkerbund haben bisher keinen Erfolg gehabt und nicht die gebührende Beachtung gefunden. (Lebh. Hört, hört!) Die Regierung wird dennoch ihre Versuche in dieser Richtung nicht aufgeben. Das Verhältnis der Regierungskommission zur Bevölkerung zeigt das typische Bild einer Fremdherrschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes verbreitet sich als Beantworter der Interpellation der Unabhängigen im einzelnen über das schon bekannte Ergebnis der Pariser Reparationsverhandlungen. — Der Reichstag beschließt hierauf die Besprechung der Interpellationen, die nach 6 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt wird.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Das Garantiekomitee begann seine Tätigkeit in Berlin damit, daß es sich mit dem Reichskohlenrat wegen der rückständigen Kohlenlieferung in Verbindung setzte. Ferner verlautet, daß es radikale Aenderungen im Staatshaushalt für nötig halte. — Der oldenburgische Landtag wird voraussichtlich in der zweiten Julihälfte zusammenberufen werden. — In der römischen Kammer gerieten die Sozialisten mit den Mitgliedern der Rechten ins Handgemenge. Es kam zu einer regelrechten Schlägerei. — Die Beratung der Zwangsanleihe im Steuerausschuß wurde fortgesetzt. — Der amerikanische Zeitungsmagnat Hearst erklärte, Frankreich werde sich durch seine anmaßende Haltung seine früheren Alliierten zu Gegnern machen. In Amerika bestehe heute nicht mehr die fanatische Ergebenheit für Frankreich, wie sie noch vor kurzem vorhanden gewesen sei.

Gerichtliches.

Strafkammer.

-e. Oldenburg, 21. Juni 1922.

Aus Eifersucht überfielen in der Nacht zum 25. September 1921 nach einem Balle in Waddewarden (Jeverland) der 1897 in Westerstede bei Aurich geborene, jetzt in Warfe bei Jever wohnende Arbeiter Gilert Saathoff und die Dienstknechte Einulf und Koopmann auf dem Nachhausewege den Hausfohn Andreas Lübben aus Neu-Popphuse und mißhandelten ihn aufs schwerste. Es hatte ihnen nicht zugesagt, daß L. einem Dienstmädchen seine besondere Gunst zugewandt hatte. Das Schöffengericht Jever verurteilte jeden der Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. Saathoff legte Berufung ein und will nur einen Schlag ausgeführt haben, als der Mißhandelte bei der Abwehr ihn mit dem Rade etwas unsanft berührte. Die Berufung wird verworfen.

Ein seltener Fall. Am 1. Januar 1921 verpflichtete sich der angeblich damals volljährige Heinrich Pfennig aus Essen zum Eintritt in die zu Osternburg liegende Minenwerferkompagnie des Reichswehr-Inf.-Regts. Nr. 16. Im Laufe des Sommers wurde er krank und kam ins Lazarett. Er wurde, da es sich um eine ansteckende Krankheit handelte, nach seiner Meinung zu lange im Krankenhaus zurückgehalten und entfloh am 31. August. Wegen Fahnenflucht traf ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, auch wurde auf Dienstentlassung erkannt. In der von ihm bewirkten Berufungsverhandlung wies er nach, daß er erst am 30. November 1900 und nicht, wie merkwürdigerweise der seinerzeit von ihm vorgelegte Geburtsschein auswies, schon an dem genannten Tage des Jahres 1899 geboren ist, daß er also zur Zeit der Verpflichtung noch nicht völlig volljährig gewesen sei. Da sein Vater in der Angelegenheit nicht gefragt worden ist, mußte das Urteil aufgehoben und das Verfahren eingestellt werden.

Billiges Brennmaterial. Der 44jährige Landmann Wilhelm Lüdeke aus Adelheide bei Delmenhorst leerte zu wiederholten Malen die Müll- bzw. Jauchegrube beim Finanzamtsgebäude in Delmenhorst. Er wurde mit dem Hauswart Söhlmann bekannt, lieferte ihm eine Glucke mit sieben Küken und machte auch Fuhren für ihn. Zur Bezeichnung bot S. ihm Briketts an, und eines Tages holte L. diese mit seinem Wagen ab. Die Briketts lagerten im Keller des Gebäudes, so daß L. wissen mußte, daß sie nicht Privateigentum des Hauswarts waren, zumal es sich um große Haufen handelte. Er lud etwa 15 Zentner auf, die weit mehr waren als seine Forderungen an den Hauswart betragen konnte. Als ein Gendarm ihn unterwegs anhielt, machte er über den Erwerb der Briketts unwahre Angaben. Die Strafkammer läßt ihn mit 1000 Mark Geldstrafe davonkommen.

Schwurgericht Aurich. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) Sitzung vom 20. Juni 1922. Heute wird verhandelt gegen den Kaufmann Friedrich Gerson in Oldenburg, dem die Anklage Münzverbrechen und Betrug zur Last legt. Der Angeklagte erklärt heute, daß er als Reisender für eine Schokoladenfabrik im August v. J. auf seiner Tour nach Aurich in einer Wirtschaft für seine Sammlung einem falschen Fünfzigmarkschein von dem Büfettfräulein übernommen hatte, bei seinen weiteren Besuchen in den Wirtschaften hätte er sich dann wohl etwas übernommen und abends dann in einem Kaffee den falschen Schein mit ausgegeben. Nach seiner Rückkehr nach Hause habe er sich den Schein durch Vermittlung eines Geschäftsfreundes sofort zurückbesorgt und einrahmen lassen. Etwa ein halbes Jahr später sei dann das Verfahren in Gang gekommen. Eine absichtliche Täuschung habe ihm fern gelegen. Durch die Zeugenvernehmung wurden die Angaben des Angeklagten im ganzen bestätigt, es kommt aber doch zum Ausdruck, daß er sich der Ausgabe des falschen Scheines bewußt war. Von den Geschworenen wird die Schuldfrage nach Münzverbrechen bejaht, nach Betrug verneint und ihm mildernde Umstände zugesprochen. Das Gericht erkennt daraufhin auf einen Monat Gefängnis mit Zubilligung einer Bewährungsfrist unter Auferlegung einer Geldbuße von 10 000 Mark.

Sitzung des Schlichtungsausschusses Wilhelmshaven-Rüstringen am 20. Juni. Es wurde verhandelt und beschlossen wie folgt: Zum zweiten Male stand die Schlichtungsstreitsache der Arbeiterschaft der Ziegelei Neuschow bei Wittmund und der Dampfziegelei „Frisia" in Middels-Westerloog, vertreten durch den Verband der Fabrikarbeiter, gegen die betr. Arbeitgeber wegen Lohnstreitigkeiten an. Da im heutigen Termin keiner der Parteien erschienen war, wurde das Verfahren durch Beschluß bis auf weiteren Antrag ausgesetzt. — Der Bureauangestellte Sch. war mit mehreren Angestellten beim Finanzamt Wilhelmshaven-Rüstringen gegen einen Stundenlohn von 10 Mark angestellt. Seit einiger Zeit schweben beim Finanzamt Verhandlungen wegen Erhöhung der Vergütung. Da bis zum 15. d. M. noch nichts wegen dieser Lohnerhöhung unternommen war, hatte Sch., um der Sache mehr Nachdruck zu verleihen, die Presse zu Hilfe genommen und einen Artikel veröffentlicht. Auf Grund dieses Artikels wurde ihm nun mit der vereinbarten eintägigen Kündigungsfrist gekündigt. Gegen diese Kündigung hat er auf Grund des § 84 Ziffer 4 BRG. Einspruch erhoben, da er in der Kündigung eine unbillige Härte erblickt, um so mehr, als er lediglich im Interesse der gesamten Hilfsarbeiter gehandelt habe. Sch. war im heutigen Termin nicht erschienen. Das Verfahren ruht daher bis auf weiteren Antrag. — Dem Stundenlöhner A. ist von seiten des Marineunterkunftsamtes Wilhelmshaven sein Dienstverhältnis gekündigt. Gegen diese Kündigung hat er beim Schlichtungsausschuß Einspruch unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 12. Februar 1920 erhoben. Im Laufe der Verhandlung zog der Antragsteller seinen Antrag auf Aufhebung der Kündigung zurück. — Dem Angestellten Sch., beschäftigt bei der Verwaltungsstelle der Schutzpolizei Wilhelmshaven, ist gemäß eines Erlasses des Herrn Minister des Innern gekündigt worden. Mit dieser Kündigung kann er sich nicht einverstanden erklären und hat den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen. Nach kurzer Verhandlung fällte der Schlichtungsausschuß heute folgenden Schiedsspruch: Der Antrag des Antragstellers ist unbegründet. Der Schiedsspruch ergeht auf Grund des Betriebsrätegesetzes und ist endgültig.

Schöffengericht Wilhelmshaven. In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen den Kaufmann B. hier wegen Diebstahls verhandelt. B. wurde freigesprochen. — Ein Strafbefehl war gegen den Uhrmacher B. hier über 5000 Mark Geldstrafe erlassen. Er war beschuldigt, deutsche Münzen eingeschmolzen und zu einem höheren Preise, wie festgesetzt war, verkauft zu haben. B. hatte Einspruch erhoben. Der Strafbefehl wurde aufgehoben. — In mehrstündiger Sitzung wurde gegen die Eheleute Kaufmann L. in Bremen verhandelt. Der Ehemann L. war Wirtschaftsvertreter im Bordell am Altendeichsweg hier und seine Ehefrau war Wirtschafterin daselbst. Beide werden beschuldigt, die Dirnen veranlaßt zu haben, von dem an den Gästen verkauften Wein volle und bereits bezahlte Flaschen wieder zurückzubringen. Diese Flaschen wurden dann wieder verkauft, ferner soll der Angeklagte L. Wein in Flaschen vom Unteroffizierkasino oder Schiffen mitgebracht und mit den dortigen Etiketten, die von leeren Flaschen abgelöst wurden, versehen und verkauft haben. Durch diese Manipulationen hat eine Weinsteuerhinterziehung stattgefunden, auch sind die Gäste dadurch betrogen worden. Die Frau H. in Rüstringen soll dabei Beistand geleistet haben. Sie wird freigesprochen. Die Angeklagten L. werden wegen Weinsteuerhinterziehung mit je 5000 Mark Geldstrafe, eventuell für je 150 Mark 1 Tag Gefängnis, und wegen Betruges mit je einem Monat Gefängnis bestraft. — Der Kaufmann H. hier hatte in der Silvesternacht zwei Schüsse aus seinem Fenster abgegeben. Ein Strafbefehl über 100 Mark war deswegen erlassen. H. hatte Einspruch eingelegt. Der Einspruch wird verworfen. — Der Uhrmacher W. in Rüstringen hatte einen gestohlenen Brillantring von einem Mädchen unter Preis angekauft und war deswegen der Hehlerei angeklagt. W. wird dafür zu 500 Mark bzw. für je 150 Mark 1 Tag Gefängnis bestraft. — Der Arbeiter Robert W. und der Arbeiter Ludwig C., beide zurzeit hier in Untersuchungshaft, noch jugendlich, sind wegen mehrerer schwerer Diebstähle und die Ehefrau Anna L. hier der Hehlerei angeklagt. Nachstehende Diebstähle werden den W. und C. zur Last gelegt: 1. In der Nacht vom 9. zum 10. April d. J. sind sie in die Trinkhalle von Klitz eingestiegen und entwendeten Bonbons, Keks, Schokolade und Zigaretten im Werte von 200 Mark; 2. in derselben Nacht drangen sie in die Wirtschaft von Helmstedt (Deichbrücke) ein und stahlen ein Paar Militärstiefel, 1 Paar braune Schnürschuhe, 1 Paar Damen-Spangenschuhe, 1 feldgraue Hose, 1 Arbeitsjacke und verschiedene andere Sachen im Werte von 1000 Mark; 3. am 10. Oktober brachen sie in die Markthalle von Zaage ein und stahlen Margarine, Talg und mehreres andere, im Werte von 2000 Mk.; 4. aus der Trinkhalle in der Jachmannstraße stahlen sie Zigaretten und Schokolade im Werte von 500 Mark; 5. versuchten sie in eine Bude des Frühlingsfestes einzubringen. Die Frau L. kaufte 10 Pfund Margarine, 12 Eier und 20—30 Tafeln Schokolade. Die Angeklagte L. war nicht erschienen. Der Angeklagte W. ist bereits fünfmal und C. zweimal wegen Diebstahls vorbestraft. Beide Angeklagte geben die Diebstähle zu. Wegen vier schwerer Diebstähle und einem Versuch wird jeder der Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Der frühere Marineangehörige Schlosser Julius B. in Oldenburg war des Hausfriedensbruchs angeklagt. Das Betreten des Kriegsschiffs „Preußen" war ihm verboten worden, trotzdem hatte er das Schiff wieder betreten. B. wird wegen Hausfriedensbruchs zu 150 Mark evtl. 1 Tag Gefängnis verurteilt. — Der Fuhrmann G. in Rüstringen war beschuldigt, einen Balken und mehrere Bretter unbefugt von der Fliegerhalle mitgenommen zu haben. G. wird freigesprochen. — Durch Strafbefehl war der frühere Leutnant D. in Lüneburg zu einem Monat Gefängnis wegen Betruges verurteilt. Er hatte Einspruch eingelegt. H. hatte den Betrag einer Postanweisung über 605 Mark angenommen. Die Anweisung war auch an Leutnant H. adressiert, aber der Vorname war anders. Das Gericht verurteilt ihn zu 2 Wochen Gefängnis.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburg und Ostfriesland.

Sommers Anfang.

Nach dem Kalender tritt die Sonne am 22. Juni, morgens 6 Uhr, aus dem Zeichen der Zwillinge in das des Krebses. Sie kommt am Mittag dem Scheitelpunkt am nächsten und wir haben den längsten Tag des Jahres. Es beginnt der Sommer, der kalendermäßig bis zum 23. September, abends 9 Uhr, dauert. Was wir Menschen nun allgemein unter Sommer verstehen, fällt nicht immer mit dem astronomischen Sommer zusammen, sondern vielfach haben wir schon früher recht heiße Tage. Auch in diesem Jahre sind uns bereits einige beschert worden. Die in den letzten Jahren wiederholt beobachtete Erscheinung eines besonders warmen Frühlings, machte sich in diesem Jahre nicht bemerkbar. Im März und April, besonders im letzteren, hatten wir überwiegend veränderliches Wetter und sogar noch empfindliche Kälte. Sie währte viel zu lange für uns, denn die Steigerung der Preise im allgemeinen stellte ohnehin hohe Anforderungen an die finanzielle Leistungskraft, besonders der weniger bemittelten Schichten, ohne daß noch größere Ausgaben für Feuerung hinzukamen. Aber letzten Endes siegte doch die Sonnenwärme und für eine Spanne Zeit kann die bedrückte Menschheit wenigstens etwas freier aufatmen. Jetzt hat der Sommer sein Regiment angetreten und es ist die Zeit, in der die Natur in ihrer üppigsten Sommerschönheit prangt. Aber die Höhe der Sonnenfreudigkeit ist doch auch mit diesem Tage überschritten. Vorerst kaum merkbar, später zunehmend, nimmt die Länge der Tage wieder ab. Die Sonne sinkt immer tiefer am Horizont und wir gleiten in den Spätsommer und in den Herbst hinein. Vorerst aber haben wir noch eine Reihe schöner Sommertage vor uns, die wir genießen können. Hoffentlich beschert uns die Natur als Ausgleich gegen den kalten Frühling einen recht langen Sommer und zeigt sich der Frühherbst, Altweibersommer genannt, dem wirklichen Sommer recht wesensverwandt.

Richtigstellung.

Zu unserem Artikel: „Deutschvölkisch-nationalistischer Terror" wird uns berichtigend mitgeteilt, daß nicht die Oberrealschule, sondern das Wilhelmshavener Gymnasium in Frage kommt. Schüler desselben gehörten auch dem Jade-Jungkorps an. Die Schulleitung hat diese Zugehörigkeit verboten und statt dessen wurde die Schüler-Vereinigung „Balmung" (Siegfrieds Schwert in der altgermanischen Sage) gegründet. Sämtliche beteiligten Schüler an der Mißhandlung, außer den drei genannten noch ein Schüler namens Hermann, gehören dieser Vereinigung an. Der Vater des Stever ist der Korvettenkapitän a. D. Stever, Vorsitzender des Jade-Jungkorps, das sich seinerzeit durch Singen des Schimpfliedes auf den Reichspräsidenten so „rühmlichst" hervorgetan hat. Die sogenannte Pflege des „deutschen" Geistes durch solche und andere Jugenderzieher ist nichts anderes als das Emporzüchten der rohesten Instinkte in der Jugend, die dann in solch brutaler Art zum Durchbruch gelangen. Jeder anständige Mensch wird eine Abscheu vor diesem „Deutschtum" empfinden. An dem Inhalt des Artikels selbst wird natürlich durch diese Richtigstellung nichts geändert.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 22. Juni.

Neuwahlen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer. In der heutigen Nummer wird der Wahltermin für die Neuwahl der mit dem 31. August 1922 ausscheidenden Beisitzer des Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichts bekanntgemacht und gleichzeitig zur Einreichung von Vorschlagslisten aufgefordert. Da die Bekanntmachung für beide Wahlen zusammengefaßt ist, ist besonders sorgfältige Durchsicht am Platze.

Lohnabkommen in der Herrenschneiderei. Vom Verband der Bekleidungsarbeiter wird uns geschrieben: In der Ausgabe vom Freitag den 16. d. M. erschien an dieser Stelle eine Notiz über das zentrale Lohnabkommen in der Herrenmaßschneiderei. Hierdurch konnte der Anschein erweckt werden, als wäre für Wilhelmshaven die 3. Tarifklasse mit einem Stundenlohn von 23,70 Mark vereinbart. Dieses ist nicht der Wahrheit entsprechend, sondern für Städte in Gruppe 3 (und hierzu gehört u. a. auch Wilhelmshaven) wurde ein Stundenlohn von 20 Mark festgelegt, der übergroßen Mehrheit der hiesigen Arbeitergruppen gegenüber gewiß eine recht niedrige Entlohnung, und wurde infolgedessen dieses Abkommen von den Arbeitern im Schneidergewerbe hier am Orte unter scharfem Protest angenommen in der Voraussetzung, daß es nicht von langer Lebensdauer sein werde.

Der neue Milchpreis. Die ständige Kommission zur Feststellung des jeweiligen Tagespreises für Trinkmilch im Landesteil Oldenburg hat heute einen Preis von 6,50 Mark je Liter für molkereimäßig bearbeitete Vollmilch ab Bahnstation der liefernden Molkerei ermittelt. Dieser Preis gilt als Grundlage für die kommende Woche (Montag bis Sonntag). Der Preis für Vollmilch ab Stall beträgt hiernach 5,40 Mark je Liter.

Kartoffelversorgung. Die Frage der Kartoffelversorgung im kommenden Herbst beschäftigt jetzt die weitesten Kreise. Nachdem die Kartoffelumlage abgelehnt worden ist, versucht man von zahlreichen Seiten, die Versorgung auf dem Wege der Lieferungsverträge sicherzustellen. Zahlreiche Kommunalverwaltungen, Organisationen sowie größere Unternehmungen mit einem großen Arbeiterstamm schließen solche Verträge ab. Vorbildlich geht das Reichsverkehrsministerium vor. Es hat die unterstellten Eisenbahn-Direktionen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß in jedem Bezirk vom Personal Kartoffelversorgungsgenossenschaften gebildet werden. Auch auf größeren Werken sind solche Selbsthilfe-Organisationen in Bildung begriffen. Mit Genugtuung kann man feststellen, daß der Ruf nach Lieferungsverträgen in der Landwirtschaft Widerhall findet. Nach dem von Vertretern der Regierung und der landwirtschaftlichen Organisationen in Berlin aufgestellten Verkehrsprogramm sollen von September ab Kartoffeln in ausreichender Menge an die Verbraucherschaft, vor allen Dingen in den dichtbevölkerten Reichsteilen, gebracht werden. Um das zu erzielen, muß die Eisenbahn von September ab von den Düngemitteltransporten entlastet werden. Das soll durch einen Ausnahmetarif für Düngemittel erzielt werden, der für die Monate Mai bis Juli eine Frachtermäßigung von 30 Proz. vorsieht. Weiter hat das Kalisyndikat beschlossen, für den Sommer einen Preisnachlaß zu gewähren.

pr. **Eine Kanalvereins-Tagung.** Der Küstenkanal muß ausgebaut werden, soll das nordwestliche Deutschland zum wirtschaftlichen Aufbau des Reiches seinen Anteil beitragen. Der Ausbau dieses Kanals wird zur zwingenden Notwendigkeit durch den Mangel an Brennstoffen und an Nahrungsmitteln. Gewaltige Hochmoore werden durch ihn erschlossen und ungeheuer weite Strecken Oedlandes in fruchtbringenden Ackerboden umgewandelt. Trotz dieser offensichtlichen wirtschaftlichen Notwendigkeit, die zum Bau des Kanals drängen, trotzdem ein erheblicher Teil des Küstenkanals (Hunte-Ems-Kanal) nur zu verbreitern ist und verhältnismäßig geringe Bauschwierigkeiten und Kosten verursacht, hat dieses Kanalprojekt in den Hanseaten scharfe Gegner gefunden. Diese wollen ihren Hansakanal durchdrücken und die finanzielle Unterstützung des Reiches und des Staates mit aller Macht erkämpfen. Da hier für das Oldenburger Land viel auf dem Spiel steht, so gilt es, an allen Orten rührig zu sein. Ganz besonders wird der Küstenkanal für die Jadestädte zur Lebensfrage, denn sie sollen durch den geplanten Stichkanal Wilhelmshaven-Oldenburg auch eine Wasserverbindung mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet erhalten. Der Küstenkanalverein Wilhelmshaven-Rüstringen hat daher zu Sonnabend nachmittag 2,30 Uhr im Parkhaus eine öffentliche Versammlung aller derjenigen anberaumt, die sich für die Küstenkanalfrage interessieren. Geschäftsführer des Landes-Kanalvereins Schnittger aus Oldenburg und Marine-Oberbaurat Krüger werden an Hand von Lichtbildern und Karten die Vorteile und Vorzüge, die das Küstenkanalprojekt gegenüber den anderen Kanalplänen hat, zeigen. Auch die Interessenten des Stichkanals in den Aemtern Jever, Varel und Oldenburg sind zu dieser Versammlung eingeladen. Mögen sich recht viele Besucher in der Versammlung einfinden. Es sollte besonders die Geschäftswelt der Jadestädte zeigen, daß sie hohen Wert auf die Durchführung des Küstenkanals legt. — Die Versammlung mußte besonders wegen der Teilnahme der Vareler Herren und der sonstigen auswärtigen Personen, die auch die Ausstellung besuchen wollen, auf so frühe Nachmittagszeit verlegt werden.

Zur Heimatwoche. Nachdem heute (Donnerstag) abend im Parkhaus Herr Pastor Woebcken aus Sillenstede zu Worte gekommen sein wird — er behandelt die Kulturgeschichte Alt-Rüstringens —, sollen wir morgen (Freitag) abend in demselben Saale mit dem Seelenleben der Germanen nach alten Sagen und Märchen vertraut gemacht werden. Bedauerlicherweise ist Frau Wolfram-Leipzig ernstlich krank geworden und hat ein Krankenhaus aufsuchen müssen. Es hat daher in freundlicher Weise der Geschichtsforscher und Schriftsteller Kleine aus Bremen, ein glänzender Redner, den Vortrag übernommen. Am Sonnabend, dem Johannistag, wird der Hamburger Vortragsmeister Langmaack die Heimatwoche mit niederdeutschen Dichtungen beschließen.

pr. **Gewerbeschau.** Der 14 000. Besucher erhielt gestern den von der Firma Sonneck, Gökerstraße, gestifteten Preis, eine Peitsche. Diese konnte Herrn Postschaffner H. Onken aus Varel überreicht werden, der sie gut gebrauchen konnte. Jeder weitere 1000. Besucher erhält von jetzt an eine Flasche Kognak von der Firma K. Seibel in der Roonstraße. Die erste Flasche erhielt Frau Schockner aus Rüstringen, Heinestr. 2. — Seit gestern ist die Besteigung des Wasserturmes an der Gökerstraße nachmittags von 3 bis 6 Uhr möglich. Besonders diejenigen Personen, die während des Krieges und nach der Kriegszeit hier zugezogen sind, mögen sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, aus luftiger Höhe ein schönes Panorama von den Jadestädten, dem Jeverland, dem Jadebusen und der weiteren Umgebung zu erschauen. Der Einlaßpreis beträgt nur 1,50 Mk., der sich bei klassenweisem Besuch von Schülern ermäßigt. — Die Marinewerft ist während der Gewerbeschau in der Zeit von 10—2 Uhr zu besichtigen. Der Eingang erfolgt durch Tor 1.

Schießübungen. Nach einer Mitteilung der Festungskommandantur dauern die am 2. d. M. an dieser Stelle bekanntgegebenen Schießübungen auf Wangerooge bis zum 28. Juni.

Erhöhung der Fernsprechgebühren. Außer der schon gemeldeten Erhöhung der allgemeinen Postgebühren tritt am 1. Juli auch eine Erhöhung der Fernsprechgebühren ein. Vom 1. Juli ab werden diese um 160 Prozent erhöht. Es betragen dann die Grundgebühren für jeden Anschluß 400 Mk. plus 160 Proz. gleich 1195 Mk. Die Ortsgesprächgebühren 65 Pf., bis 15 Kilometer 1,95 Mark, bis 25 Kilometer 3,25 Mk., bis 50 Kilometer 5,20 Mk., bis 100 Kilometer 7,80 Mk., über 100 Kilometer für jede weitere 100 Kilometer 3,90 Mk. mehr. Wer angesichts dieser Gebührenordnung seinen Anschluß aufgeben will, ist berechtigt, seinen Anschluß bis zum 25. Juni auf den 30. Juni zu kündigen.

Erhöhung der Gütertarife. Das Verkehrsministerium kündigt wegen der neuen Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne und der weiteren starken Erhöhung der Materialpreise zum 1. Juli eine neue Erhöhung der Gütertarife um 25 Proz. an. Von einer Erhöhung der Personentarife wurde wegen des starken Erholungsreiseverkehrs wieder Abstand genommen.

Wilhelmshaven, 22. Juni.

Meisterprüfung. Vorgestern bestanden die Herren Friedrich Hoff, Willi Grage, Hermann Vater und Frerich Schmidt vor der Handwerkskammer Aurich ihre Meisterprüfung im Tischlerhandwerk mit dem Prädikat „sehr gut". Herr Grage ist Mitinhaber der Firma Samson u. Co., Wilhelmshaven. Die jungen Meister besuchten die Handwerkerschule in Wilhelmshaven und fertigten ihre Meisterstücke, welche in der Gewerbeschau ausgestellt sind, in der Tischlerwerkstatt der Gewerbeschule an.

Heimatwoche. Der dritte Abend der Heimatwoche brachte im Saale der Gewerbeschule den blinden niederdeutschen Dichter Droste aus Bremen, der aus seinen Werken einiges vortrug. Eingeleitet wurde der Abend durch einen exakt ausgeführten Vortrag der Madolinenschule Kliem. Dann tanzten Kinder der Jugendgruppe des Vereins der Mecklenburger und Vorpommern einen Reigen „Dünnros'". Nachdem nunmehr Georg Droste die Anwesenden begrüßt und einige Proben seiner Gedichte vorgetragen hatte, wechselten die Volkstänze der verschiedenen Jugendgruppen in bunter Folge miteinander ab. „Hans hat die Grete gern, Schottisch-Rheinländer, „Hans Spielmann", „Willst ne Nachtmütz hemm?", „Mutter Wittsch", Rundellarolla", „O Deern, wo hest du din Geld?" „Wenn du nicht willst und ich will doch", Windmüller und Kegeltanz, die alle lebhaften Beifall fanden. Zwischendurch brachte Droste sein Gedicht Weser und ein Kapitel aus Otjen Alldags Kaperstreichen zu Gehör. Auch eine andere Abteilung der obengenannten Mandolinenschule erfreute durch zwei flott gespielte Märsche. Den Schluß bildete auf Wunsch Drostes Wiedergabe seiner köstlichen Fahnenweihrede aus dem dritten Bande von Otjen Alldag. Alles in allem ein köstlicher Abend, der jung und alt befriedigt haben wird, trotz der brütenden Hitze im Saale, hervorgerufen durch die Ueberbollheit.

Aus dem Lande.

Jever. Flächenfeststellung. Die Flächen von Acker- und Gartenland, Weiden und Wiesen einschl. Haus- und Hofräumen, Wegen, Wällen und Gräben sollen in diesem Jahre am Montag, den 26. Juni, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, im Parkhause für die Bewirtschafter von Moorwarfen, am Dienstag den 27. Juni, nachm. von 5 bis 7 Uhr, bei Gastwirt Friedrichs, Siebetshaus, für die Bewirtschafter von Siebetshaus, am Freitag, den 30. Juni, nachm. von 5 bis 7 Uhr, bei Gastwirt Iben, Rahrdum, für die Bewirtschafter in Rahrdum, am Sonnabend, den 1. Juli, nachm. von 5 bis 7 Uhr im Getreuenlokal für die übrigen Bewirtschafter durch Anmeldung seitens der Betriebsinhaber festgestellt werden. Es kommen nur Betriebe von fünf Hektar und mehr in Frage. Wer die Meldung unterläßt, wird nach den erlassenen Bestimmungen bestraft.

Bockhorn. Hohe Grundstückspreise. Welche hohen Preise jetzt für Grundstücke geboten werden, zeigte sich vor einigen Tagen hier bei der Versteigerung des Jakobschen Hauses. Für das nicht mehr neue Haus mit 43 Ar Land wurden 140 500 Mark im zweiten Termin geboten. Der Zuschlag wurde nicht erteilt, weil man in einem dritten Aufgebot noch einen höheren Preis zu erzielen hofft.

== **Einswarden.** Reiseerlebnisse. Zwei stellungslose Dienstmädchen aus Emden reisten von dort am Sonnabend nach Bremerhaven, in der Hoffnung, Arbeitsgelegenheit zu finden. Da aber in den Unterweserstädten eine solche nicht zu finden war, folgten sie dem guten Rat zweier Herren, die sie nach Varel lockten und

---

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

48) Nachdruck verboten.

Als der Schreiber am Tisch des Notars Platz genommen hatte, ging der Notar etwa eine Minute nervös auf und ab. Zuerst versicherte er sich, ob wohl die Tür zum Vorzimmer gut geschlossen sei. Dann machte er sich bei einem der Aktenregale zu schaffen und langte nach kurzem Suchen einen Faszikel herab, den er auf den Schreibtisch legte. Zuletzt putzte er noch ziemlich umständlich seine mit einer dicken, goldenen Einfassung versehene Brille, setzte sie mit einer gewissen peinlichen Sorgfalt wieder auf und fing mit etwas erhobener Stimme ganz sachgemäß an: „Also Sie, Herr Michael Senn, wohnhaft zu Brixen, wollen Ihr Haus am Domplatz und die mit dem Hause verbundene Buch- und Devotionalienhandlung Ihrem Herrn Sohn Franz Senn, ebenfalls wohnhaft zu Brixen, übergeben?"

„Ja. Haus und G'schäft!" sagte Michael Senn laut und deutlich, jedes Wort fest betonend.

„Ihr Herr Sohn ist als Teilhaber des Geschäftes eingetragen — —" Der Notar blätterte jetzt in dem Aktenfaszikel.

„Ja. Der Franz ist Teilhaber!" bestätigte der alte Senn.

„Und Sie wollen jetzt als stiller Teilhaber — —"

„Nein. Ich will ganz austreten. Das G'schäft und das Haus soll von heut' ab dem Franz allein g'hören."

„So ja. Na ja." Der Notar räusperte sich. „Und wünschen Sie irgendwelche Rechte, Bezüge oder Renten?" forschte er weiter.

„Nein. Gar nix. Was ich brauch' und noch mehr, das hab' ich. Sie wissen ja, wir haben auch noch ein schönes Geldl liegen. Und meine Wohnung, die zahl' ich dem Franz. Das Geld, es wird nit viel von sechzigtausend Gulden fehlen, ist in Pfandbriefen der Tirolischen Bodenkreditanstalt ang'legt. Sie wissen ja, mit vier Prozent. Die Hälfte von dem Geld überlass' ich dem Franz auch. Er soll sich rühren können, wenn er im G'schäft was neu machen will. Aber das andere Kapital behalt' ich selber, solang' ich leb'!" sagte Michael Senn ernst.

„Und wünschen Sie in bezug auf Ihre Wohnung irgendein Vorrecht, ein —"

„Sie meinen, daß mich mein Sohn nit außi schmeißen kann, wann's ihm grad' amal einfallen tät'?" lachte der alte Senn. „Naa, naa, das braucht's nit! Wenn mich einmal der Franz nimmer haben wollt' im Haus, dann geh' i schon von selber. Und sonst schenier' i ihn ja nit. Gelt, Franz?"

„Aber Vater!" Der Franz fühlte sich ganz klein und nichtig neben dem Vater. Der Akt der Uebergabe war ihm ungemein peinlich. Nur die Gegenwart seiner Frau verlieh ihm einige Sicherheit.

Die Lina saß da, leicht und graziös in die Sofaecke zurückgelehnt, und tändelte gleichgültig mit ihrem feinen leichten Spitzenschirm, als ginge sie die ganze Sache gar nichts an.

„Sie wollen also mit dem ganzen Inventar übergeben?" frug der Notar.

„Alles! Wie's liegt und steht!" erwiderte Michael Senn.

Der Notar und Michael Senn beugten sich nun angelegentlich über die Akten, die am Tische lagen. Dann begann der Notar dem Schreiber das Dokument der Uebergabe langsam und deutlich Wort für Wort und Satz für Satz zu diktieren. Der Sagstetter Loisl schrieb eifrig darauflos. Rückwärts saßen Franz und seine Frau nun zusammen auf dem Sofa.

Beide blickten gespannt auf den alten Senn, der neben dem Schreibtisch stehen geblieben war. Beide waren innerlich tief beschämt und trotzdem fühlten sie sich glücklich. Die Lina freute sich über den schönen Besitz, der nun bald in ihre Hände kommen würde, und der Franz über das neue Glück, das nun endlich in sein Leben zu ziehen schien. Seine Frau war all die Tage her wie ausgewechselt. Sie machte ihm keine Szenen mehr, war lieb und nett und kümmerte sich um das Rosele und um ihre Häuslichkeit.

Während der Notar diktierte, nahm Michael Senn von jedem Stück seines Besitzes einzeln Abschied. Er nahm Abschied von dem alten, vornehmen Haus am Domplatz, von dem winkligen Laden mit den Bücherregalen und Kästen, von der großen vollgestellten Ladelbudel, von diesem ganzen Geschäft, das ihn zeitlebens ausgefüllt hatte. Er nahm Abschied von dem Speicher rückwärts im Hof mit den großen Kisten. Alles war ihm lieb und wert gewesen.

Aus den trockenen Worten des notariellen Amtsstiles wuchs für den alten Mann sein ganzes verflossenes Leben noch einmal empor. Er sah jeden einzelnen Raum und jeden einzelnen Gegenstand in seinem Haus vor Augen. Die breiten, steinernen Treppen, die lichten, grünen Korridore mit den bunten Steinböden, die behaglichen Zimmer.

Er sah die alten, geschnitzten Truhen und Kästen. Die buntbemalten, weichholzenen Wäschekästen, die noch von der Aussteuer seiner Mutter stammten und mit unverwüstlicher Leinenwäsche vollgefüllt in den weiten, gewölbten Korridoren Platz gefunden hatten. Er sah jedes einzelne der in naiver Bauernmalerei auf den Doppeltüren dieser Kästen ausgeführten Bilder — die biblischen Szenen in den Türfeldern und die von Engeln getragenen bauschigen Blumengirlanden auf den Türkreuzen. Er sah die gemalten Blumenkörbe auf den Seitenwänden dieser Kästen und sah die alten, schon teilweise grünspanigen Messingschlösser. Alles sah er. Jedes Stück einzeln.

Er sah es wieder vor sich, wie er es als Kind gesehen hatte. Mit stiller, ehrfürchtiger Bewunderung. Und er sah es, wie er später alles übernommen hatte, nach dem Tode des Vaters, mit dem stolzen und erhebenden Gefühl des Besitzes. Er hing mit einer innigen und treuen Liebe an diesem Besitz. Ohne Selbstsucht. Mit einer Freude. Das alte Haus mit dem Geschäft war zu einem lebendigen Teil seines eigenen Ich's geworden. Und nun gab er es fort. Nun nahm er stumm und wortlos Abschied von einem Teil seines innersten Lebens.

Der Notar war mit dem Diktieren des Dokumentes zu Ende. Michael Senn atmete auf. Kerzengerade und ungebeugt war er dagestanden. Niemand konnte ihm vom Gesicht lesen, was in ihm vorging. Nur die tiefe Furche auf der Stirn hatte sich noch tiefer eingeprägt.

Der Notar nahm nun das Schriftstück zur Hand und las es für sich sorgfältig durch, da und dort noch eine geringfügige Korrektur anbringend. Dann reichte er die Schrift Michael Senn, der sie gleichfalls durchlas, ab und zu stumm dabei nickend.

Geraume Zeit herrschte lautlose Stille in der Kanzlei. Franz und Lina hielten vor innerer Erregung fast den Atem an. Gespannt blickten sie beide auf den alten Senn.

Michael Senn hatte das Dokument durchgelesen und überreichte es nun wieder dem Notar. Der Schreiber war inzwischen aufgestanden und hatte sich in das Vorzimmer entfernt. Der Notar legte die Urkunde auf die Platte des Schreibtisches und lud Michael Senn mit einer stummen Handbewegung ein, an dem Tisch Platz zu nehmen.

Schwer und wuchtig setzte sich der alte Mann. Franz und Lina hatten sich erhoben, waren nähergekommen und standen nun knapp hinter Michael Senn. Sie standen scheu und schüchtern, eng aneinander gedrückt, wie zwei arme Sünder.

Der Herr Notar Andreas Mahlknecht reichte dem alten Senn eine Feder. „Darf ich um Ihre Unterschrift bitten —" sagte er verbindlich.

Michael Senn hielt mit fester Hand die Feder. Einen Augenblick überkam ihn wieder das entsetzliche, beklemmende Angstgefühl. Eine jähe Blutwelle schoß ihm zum Gehirn. Die Buchstaben auf dem Papier vor ihm tanzten einen wilden Reigen . . . Nit unterschreiben! Nit unterschreiben! Tu's nit! . . . sauste es ihm in den Ohren.

Die kräftige Hand Michael Senns zitterte leicht, als er die Feder ins Tintenfaß tauchte.

„Wo soll ich hinschreiben, Herr Notar?" frug er gepreßt.

„Hier, wenn ich bitten darf —". Der Notar wies ihm die Stelle mit dem Finger.

Michael Senn ermannte sich. „Seinem Sohn Franz Senn übergeben —" las er noch flüchtig. Das gab ihm seine volle Selbstbeherrschung wieder.

Mit fester Hand schrieb er langsam seinen Namen unter die Urkunde. Klar und deutlich, in kräftigen Buchstaben stand es da: Michael Senn.

Das alte vornehme Haus am Domplatz war in den Besitz des Sohnes übergegangen.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

von dort wieder zurück nach Nordenham. Es war schließlich Nacht geworden und, um Schlafgelegenheit zu finden, ging der Weg zum Junggesellenheim der Superphosphatfabrik. Ohne herzlichen Abschied zu nehmen, verdufteten sich dann des Morgens die beiden Kavaliere unter Mitnahme von zwei Damenmänteln, einer goldenen Uhr und einem Karton mit 4 Paar Schuhen, sowie den beiden Reisekoffern mit Wäsche und sonstigen Kleidungsstücken. Die Polizei hat bereits einige Sachen herbeigeschafft. Hoffentlich gelingt es auch noch, die Kavaliere zu fassen.

Bechta. Erdbohrungen. Die Bohrungen, die in den Dammer Bergen ihren Anfang nahmen, werden fortgesetzt, aber über das erzielte Resultat wird absolutes Stillschweigen beobachtet, sogar die Arbeiter dürfen nichts sagen. Man ist jetzt sogar über die Grenzen Oldenburgs hinausgegangen, denn zurzeit wird auch in der Gegend von Hunteburg und Versenbrück gebohrt. Ein und dieselbe Gesellschaft läßt diese Arbeiten ausführen und opfert Millionen, was sicher nicht geschehen würde, wenn die Arbeit völlig ergebnislos geblieben wäre. Man will jedenfalls erproben, wie weit die gleich anfangs erbohrte erdhaltige Schicht sich erstreckt. Die Hoffnung, auf Kohlen fündig zu werden, scheint man aufgegeben zu haben.

Teppichdiebstahl im Schloß Charlottenburg.

In einem Teil des Schlosses in Charlottenburg werden die aus den königlichen Schlössern zusammengeholten Möbel, Teppiche und andere Kostbarkeiten aufbewahrt. Wie jetzt bekannt geworden, haben Einbrecher in der Nacht zum 16. Juni der Abteilung, in der die Teppiche aufbewahrt werden, heimgesucht und zwölf kostbare Teppiche gestohlen. Der Wert dieser Teppiche ist vorläufig nicht zu schätzen. Unter den gestohlenen Teppichen befinden sich besonders große Stücke, unter anderen ein Brüsseler, 8,80 : 7,27 Meter groß, Täbris, 6,80 : 4,40 groß und drei kleinere Perserteppiche sowie sechs wertvolle Vorleger. Die Diebe sind von der Parkseite aus über einen Balkon gestiegen, haben die Fenster eingedrückt, und sind auf diese Weise in das Schloß eingedrungen. Eine Belohnung von 50 000 Mark ist für die Ermittlung und Wiederbeschaffung der Teppiche ausgesetzt.

Schweres Unglück bei einem Schwimmfest.

Bei einem Schwimmfest in Dürrenberg bei Merseburg kippte infolge einseitiger Belastung ein Laufsteg um, der über Pontons führte. Etwa 100 Zuschauer stürzten ins Wasser der Saale. Bisher wurden fünf Leichen geborgen. Die genaue Zahl der Toten steht noch nicht fest.

Dammbruch.

Ein amtliches Telegramm aus San Salvador meldet, daß nach mehreren Tagen heftigen Regens ein Teil der Stadt durch Ueberflutung infolge Durchbruchs der Flußdämme zerstört worden ist. Tausende haben ihr Hab und Gut verloren, und man fürchtet, daß der noch nicht festzustellende Gesamtverlust an Menschenleben sich als sehr groß erweisen wird. Der amerikanische Gesandte hat eine Aufforderung um Hilfeleistung an das Amerikanische Rote Kreuz gekabelt.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Distrikt 13. Am Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Hilgenstöhler, Rathaus-Restaurant, Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Parteiangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Jungsozialistengruppe. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im Parteibureau. Dortselbst Diskussion.

Wettervorhersage.

Morgen mäßige Westwinde, wenig Wärme, veränderlich, vorwiegend trocken.

Hochwasser.

Freitag den 23. Juni: 11.50 Uhr vorm., — Uhr nachm.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schatz, Wilhelmshaven.
Druck und Verlag von Paul Hug & Co., Rüstringen.

Dr. Bahr's Zahnpulver „No. 23"
Erprobtes Mittel um die Zähne gesund und weiß zu erhalten.
Zahnsteinlösend; desinfiziert die Mundhöhle.
Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta.
In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Rüstringen.

Am 31. August 1922 scheiden folgende durch Los gezogenen Beisitzer des **Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichts** der Stadt Rüstringen aus:

Gewerbegericht: Arbeitgeberbeisitzer Freudenthal, Cornelius, Gerken, Strahlendorf, Böttger, Blinker, Siebel;

Arbeitnehmerbeisitzer Körber, Winkelvoß, Dallinga, Wichmann, Wassermann, Bratzke, Schweda, Zimmermann.

Kaufmannsgericht: Arbeitgeberbeisitzer Backer, Leffers;

Arbeitnehmerbeisitzer Kiel, Knief, Walther.

Für 5 ausscheidende Gewerbegerichtsbeisitzer (2 und 3) und alle ausscheidenden Kaufmannsgerichtsbeisitzer (2 und 3) sind Neuwahlen vorzunehmen. Wiederwahl der ausscheidenden Beisitzer ist zulässig. Die Wahl der Beisitzer erfolgt auf 4 Jahre nach dem Statut betr. Gewerbegericht bzw. Kaufmannsgericht vom 20. August 1910. Wählbar ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. **Zu Beisitzern des Gewerbegerichts** können nicht berufen werden Personen, die zum Amte eines Schöffen unfähig sind; Personen weiblichen Geschlechts können jedoch berufen werden.

Zu Beisitzern des Kaufmannsgerichts können die in § 10 des K. G. G. benannten Personen nicht berufen werden.

Wahlberechtigt ist, wer das 20. Lebensjahr vollendet hat, ferner zu den Gewerbegerichtswahlen, wer in Rüstringen wohnt oder beschäftigt ist, zu den Kaufmannsgerichtswahlen, wer in Rüstringen seine Handelsniederlassung hat oder beschäftigt ist. Personen weiblichen Geschlechts sind wahlberechtigt. Juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch einen ihrer gesetzlichen oder statutarischen Vertreter aus.

Die Wahl geschieht durch Abgabe von Stimmzetteln, sie ist unmittelbar und geheim und erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit gebundenen Listen. Wählerlisten werden nicht aufgestellt, die Stimmberechtigung wird nötigenfalls bei Stimmabgabe geprüft.

Die Wahlen finden statt
für das **Gewerbegericht** am
Donnerstag, dem 10. August 1922,
für das **Kaufmannsgericht** am
Donnerstag, dem 17. August 1922,
beide Male nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses an der Wilhelmshavener Straße und zwar gleichzeitig für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Vorschlagslisten sind bis spätestens **Mittwoch, den 26. Juli 1922,** 12 Uhr mittags (für beide Wahlen) im Amtsgerichtsgebäude Peterstraße, Zimmer 10, einzureichen und zwar getrennt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Beisitzer von jedem der Wahlkörper zu wählen sind (je 2 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer). Jede Vorschlagsliste muß von mindestens 5 Wählern unter Angabe von Vor- und Zunamen, Beruf und Wohnung unterschrieben sein. Der erste Unterzeichner gilt als zur Vornahme von Verhandlungen über die Liste ermächtigt, falls nicht hierzu eine andere Person von den Unterzeichnern ausdrücklich bestimmt ist. Die Unterzeichnung mehrerer Vorschlagslisten durch ein und dieselbe Person ist unzulässig und hat die Streichung des Namens des betr. Unterzeichners auf sämtlichen Listen zur Folge.

Rüstringen, den 20. Juni 1922.
Stadtmagistrat Rüstringen.

Camillio Mayer
überschreitet
den Kanalhafen an der
:: Rüstringer Brücke ::
auf dem Turmseil.
Sonnabend, den 24., Sonntag, den 25., Montag, den 26. und Dienstag, den 27. Juni 1922, abends 8.00 Uhr,
Sonntag zwei Vorstellungen 4.00 Uhr nachmittags und 8.00 Uhr abends.
Preise der Plätze: Stehplatz 5 Mk., Sitzplatz 10 Mk., reserviert 30 Mk.

Edelmetall
kauft höchstzahlend (1784
B. FEDDES
Knorrstraße 3 (Nähe Göterstraße).

Deutsche u. Colosseum-Lichtspiele.
Ab morgen Freitag, den 23. Juni:
Dr. Mabuse II. Teil: Inferno (Menschen der Zeit)
Ein Abenteuer nach dem gleichnamigen Roman der Berliner Illustrierten Zeitung von Norbert Jacques in sechs Akten.

Gegenüber den nach Form und Inhalt zu verurteilenden Angriffen, die in der Presse und auf dem Handwerkertag gegen den Bürgermeister wegen des Einschreitens gegen 4 Bäckermeister gerichtet sind, muß der Magistrat öffentlich feststellen, daß diese Angriffe unberechtigt sind. Der Magistrat hat die Handlungsweise der Bäckermeister einstimmig verurteilt. Der Bürgermeister hat nur den Beschluß des Magistrats ausgeführt. [1996

Rüstringen, den 20. Juni 1922.
Stadtmagistrat.
Rollner.

Wilhelmshaven.

In den städtischen Schulen und Gebäuden sollen die Maler-, Töpfer- u. Dachdecker-Instandsetzungsarbeiten in mehreren Losen vergeben werden. Die Unterlagen sind im Stadtbauamt, Zimmer 6, während der Dienststunden für je 10.— Mark, soweit der Vorrat reicht, zu beziehen. Angebote sind verschlossen bis Montag, den 26. d. M., mittags 12 Uhr, im Stadtbauamt einzureichen, woselbst die Eröffnung der eingegangenen Angebote in Gegenwart der erschienenen Bewerber stattfindet. [1989

Wilhelmshaven, den 20. Juni 1922.
Stadtbauamt.

Bekanntmachung.

Die Reinigung und der Anstrich des Oelbehälters Nr. 19 an der Gazellebrücke sollen vergeben werden. [1981

Bedingungen und Angebotsvordrucke können im Amtsgebäude Kaiserstraße 78, Zimmer Nr. 28, während der Dienststunden eingesehen oder für 5.00 Mk. käuflich erworben werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Angebot über Anstrich des Oelbehälters Nr. 19" versehen bis zum 28. Juni, mittags 12 Uhr, einzureichen.
Reichsbauamt II.

Der neue Plan der Preuß.-Südd. Klassenlotterie hat eine so gewaltige Verbesserung erfahren, daß die Erhöhung des Einsatzes gar keine Rolle spielt.
Gesamtausspielung 366 Millionen Mark, darunter 6 Gewinne à 1 Million Mark, 6 Gewinne à 500 000 Mk.
Ziehungsbeginn: 27. Juni.
Lose 1. Klasse: 1/8 15.50, 1/4 31.20, 1/2 62.40, 1/1 124.80 Mk. zu haben bei
Schwitters, Lott.-Einnehmer, Wilhelmshavener Straße 22, u. dessen Vermittlern **O. E. Harms,** Zig.-Gesch., Göterstraße, und **H. Meynen Wwe.,** Kolonialwaren-Handlung Siebethsburg.

Erbsen- und Bohnenstroh
Haferstroh, Bettstroh
Torfstreu
Futtermittel
Schw. trock. Stichtorf
Schott. Rußkohlen II
(markenfrei)
Eiformbriketts
Braunkohlenbriketts
Rüstring. Kohlenkarten
liefert prompt und billigst (1983
Folkert Wilken
Brunnenstraße 3
Fernruf 634
Verkauf bis 6 Uhr abds.

Eleg. phot. Apparat mit Stativ, Momentverschl. u. 2 Doppelkas. 9 mal 12 u. 13 mal 18, zu verk. oder geg. Damenradrahmen zu vertausch. 1980] Hegelstraße 60.

Preuß. Klassen-Lotterie.
Ziehung: 27. und 28. Juni
Kauflose empfehlen:
Fangmann, Marktstraße 8, Staatlicher Lotterie-Einnehmer.
Krüger als Vertreter, Ecke Bismarck- und Göterstraße.

Müllers Markthallen
Inhaber: Hermann Müller.
Freitag früh eintreffend:
Ein Waggon Frisch-Gemüse!!
Spitzkohl, Blumenkohl, Wirsingkohl, Kohlrabi, junge Möhren, fr. Paal-Erbsen, Kopfsalat, Stück von 30 Pf. an, Salatgurken.
Täglich frische Erdbeeren und Kirschen

Vor dem Verderben
durch Schimmel u. Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit
Dr. Oetker's Einmache-Hülfe
einmacht. Dies ist das einfachste billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.
1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.
Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften
Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an
Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Verloren
in der Störtebeckerstraße mein **Tagebuch.** Da dasselbe für den Finder keinen, für mich aber großen Wert hat, bitte ich, es mir wieder zuzustellen. Sehr wahrscheinlich ist das Buch von Kindern gefunden worden. — Ueberbringende Person erhält **Belohnung. Adolf Weltin,** Störtebeckerstr. 20b, p. r.

Das echte Harlemer Oel z. hab. i. Wilhelmsh. Sanitätshaus **Göterstraße 16,** Inh.: J. K. Biermann.

Fettes Füllenfleisch!
Herm. Burmeister, Adolfstr. 27. Tel. 1332.

ADLER
Heute zum letzten Male:
De Schoستergräfin
Freitag, 23. Juni: Nur einmal. Auff.
De Führkrog
von
Hermann Boßdorf.
Ab Sonnabend, 24. Juni:
De Hotte-hü-Slachter.
Plattdeutsche Posse in fünf Akten.
Benutzen Sie den Vorverkauf.

Fedderwarden.
Sonntag, den 25. Juni:
Große Tanz-Musik
Damen Eintritt frei!!
Hierzu ladet freundl. ein
1992) **H. Tönjes.**

Todesanzeige.
(Statt Karten)
Am Mittwochmorgen wurde uns unser kleine **Herta** wieder genommen. Um stille Teilnahme bitten
Fr. Dopheide und Frau
Die Beerdigung findet am Sonnab., 24. Juni, 1.30 Uhr, vom Sterbehause, Wilhelmshavener Str. 58, aus statt.

1 offener u. 1 geschloss.
Packwagen z. verkauf.
Camillio-Mayer-Schau, Z.-Anl., Mitscherlichstr.

1 P. f. n. Damenstiefel (Gr. 40) zu verk. [1986
Werftstraße 70, III l.

Platin-, Gold- u. Silberbruch
verkaufen Sie am besten beim Fachmann.
Höchsten Tageskurs zahlt
R. Deutschmann
Goldschmiedemeister
Gerichtstraße 1

Kräft. Laufjunge
nach der Schulzeit auf sof. gesucht. Vorstellen b. **Ferd. Kotte,** Börsenst. 41

Kreis-Jugendwettkämpfe
des 11. Kreises, 1. Bezirk
Gruppe Rüstringen am
Sonntag, den 25. Juni 1922
auf dem **Sportplatz der Freien Turnerschaft Rüstringen** a. d. Genossenschaftsstr.
Vormittags ab 7.30 Uhr: Volkstümliche Wettkämpfe. [1979
Nachmittags 1.30 Uhr: Abmarsch sämtlicher Vereine vom Zentralplatz bei der Gasanstalt zum Sportplatz, daselbst Freiübungen, Geräteturnen, humor. Vorführungen, Turnspiele 2c.
Zu dieser Veranstaltung sind die Eltern, die hiesige Lehrerschaft sowie Freunde und Gönner der Jugend herzl. eingeladen.
Eintritt: Vorverkauf 2.50 Mk., an der Kasse 3.00 Mk., Kinder 50 Pf.
Der Gruppenvorstand.

Stichkanal Oldenburg-Wilhelmshaven.

Am Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags 2.30 Uhr, wird im kleinen Saal des Parkhauses von den Herren Marine-Oberbaurat Krüger und Geschäftsführer Schnitger-Oldenburg ein **öff. Vortrag** mit Bild. über den Küstenkanal sowie über den Stichkanal Wilhelmshaven-Oldenburg gehalten. An diesen Vortrag wird sich eine allgemeine Aussprache knüpfen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. [1984

Die Förderung der Kanalfrage ist für die wirtschaftliche Zukunft des Oldenburger Landes von äußerster Wichtigkeit. Daher muß sich jeder Bürger für deren Lösung einsetzen.

Der Vorstand.
J. A.: (gez.) Rollner, Oberbürgermeister.

Ab Freitag
prima Füllenfleisch
frische Knoblauchwurst [1991
ff. geräucherte Cervelatwurst
Fr. Werther Ww.
Genossenschaftsstr. 7, Telephon 909
Filiale: Ecke Tonnbeichstr. und Mühlenweg.

Gebr. Möbel aller Art kauft laufend **Rosenthal** Bismarckstraße 42.

Schwere, oldenburgische **Ferkel zu verkaufen.** 1985) **Albrecht,** Bremer Straße 17.

Edelmetall
Ringe, Ketten, Uhren, Löffel, alte Gebisse Brennstifte usw. kauft höchstzahlend
B. FEDDES
Knorrstr. 3, Nähe Göterstr. Taxieren kostenlos.

Landesbibliothek Oldenburg